

Zeitschrift: Energie extra
Band: - (2003)
Heft: 5

Artikel: Export von Atommüll ist tabu
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-640450>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PODIUMSDISKUSSION

Export von Atommüll ist tabu

Fünf wieder kandidierende Parlamentarier legten dem Bundesamt für Energie die energiepolitischen Schwerpunkte für die nächste Legislaturperiode dar.

«Damit das Bundesamt für Energie (BFE) die Politik optimal mit Informationen versorgen kann, müssen wir die Ziele der Parteien kennen», betonte BFE-Direktor Walter Steinmann am 17. Oktober zum Auftakt einer Veranstaltung für BFE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berner Casino. Die Podiumsdiskussion mit fünf eidgenössischen Parlamentariern moderierte Hans-Luzius Schmid, Programmleiter von *EnergieSchweiz*. Anwesend waren die Nationalräte Hajo Leutenegger (FDP, ZG), Rudolf Rechsteiner (SP, BS), Christian Speck (SVP, AG), Franziska Teuscher (GB, BE) sowie Ständerat Rolf Escher (CVP, VS).

In Kurzreferaten legten die Volksvertreter ihre energiepolitischen Ziele für die nächste Legislaturperiode dar. Franziska Teuscher berief sich auf ihre Partei, die Herren gaben persönlichen Standpunkten mehr Gewicht. Dabei kristallisierten sich drei thematische Schwerpunkte heraus:

■ **Regelung des Elektrizitätsmarktes:** Die Bürgerlichen legen grosses Gewicht auf eine geordnete Marktöffnung und wettbewerbsfähige Strompreise für die Wirtschaft. Sie setzen auf schweizerische und europäische Kooperationen. Der Linken liegt die zuverlässige und ökologisch tragbare Versorgung der Bevölkerung besonders am Herzen.

■ **Reduktion der CO₂-Emissionen:** Da die CO₂-Ziele des Bundes nicht erreicht werden, setzt Links-Grün auf eine CO₂- und Öko-Abgabe. Es handle sich um keine versteckte Steuer, im Gegenteil: Wer sich ökologisch sinnvoll verhalte, werde finanziell belohnt. Die Bürgerlichen setzen auf freiwillige Massnahmen und scheuen die CO₂-Abgabe wegen deren Auswirkungen auf die Wirtschaft.

■ **Lagerung von Abfällen aus Kernkraftwerken:** Atommüll soll in kein Drittland exportiert werden. In diesem Punkt sind sich die politischen Lager einig. Die Bürgerlichen wollen endlich die Standortfrage klären. Die Linke warnt vor einer Entsorgungslösung ohne Stilllegungsprogramm für die KKW, da dies als Freipass für die Weiternutzung der Kernenergie gedeutet werden könnte.

Öffnen, lernen, forschen

Was Parlamentarier und Parlamentarierinnen zur Energiepolitik meinen.



Rudolf Rechsteiner (SP, BS):
«Mittelfristig müssen Neubauten und sanierte Gebäude dem MINERGIE-Standard entsprechen.»



Rolf Escher (CVP, VS):
«Wir müssen den Elektrizitätsmarkt schrittweise öffnen. Ab 2007 sollten Grosskunden und KMUs frei Elektrizität einkaufen können.»



Hajo Leutenegger (FDP, ZG):
«Ich setze in der Energiepolitik voll auf Forschung und Entwicklung. Wir sollten dabei keine Erzeugungsart ausschliessen.»



Christian Speck (SVP, AG):
«Wir haben aus der EMG-Niederlage gelernt: Hinter der neuen Vorlage müssen auch die Endverleiher von Elektrizität stehen.»



Franziska Teuscher (GB, BE):
«Die energieEtikette für Haushalts- und Elektrogeräte sowie Neuwagen ist sinnvoll. Es sollten in der Schweiz nur noch Produkte der Klassen A und B verkauft werden.»

IEA

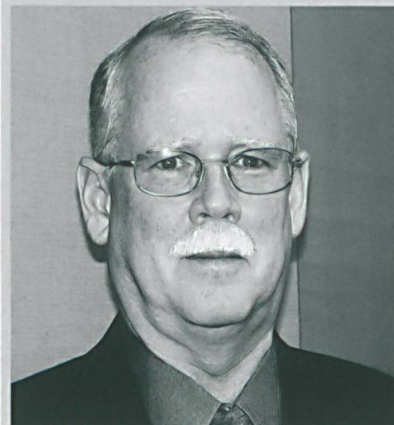
Lob und Tadel

Die Internationale Energie-Agentur (IEA) hat die schweizerische Energiepolitik analysiert.

Die IEA wurde 1974 nach dem ersten Erdölchock gegründet. Sie hat ihren Sitz in Paris und überprüft unter anderem regelmässig die Energiepolitik ihrer 26 Mitgliederländer. Im November 2002 nahm sie während einer Woche die Schweiz unter die Lupe. Der Bericht des internationalen Expertenteams wurde Anfang September publiziert.

Die IEA begrüsst den Entscheid der Schweiz, die Option Kernenergie offen zu halten, und den neuen Anlauf für die Öffnung des Elektrizitätsmarktes. Gelobt wird auch die Krisenvorsorge, insbesondere die Erdöl-Lagerhaltung, die die von der IEA geforderten 90 Tage übertrifft. Auch das Programm *EnergieSchweiz* wird von der Agentur positiv beurteilt. Botschafter William C. Ramsay, stellvertretender IEA-Direktor, wörtlich: «Das Programm verdient Anerkennung!» Allerdings dürfte es nicht genügen, um die Ziele der Schweiz bezüglich CO₂-Reduktion zu erreichen.

Kritik. Der Bericht enthält auch Kritik: Die schweizerischen Heizölpreise gehören zu den niedrigsten der OECD-Mitgliedländer. Dies liegt unter anderem an unüblich tiefen Steuersätzen. So fehlen Anreize zum Energiesparen und zum Einsatz CO₂-ärmerer Alternativen. Der Schweiz wird empfohlen, den Schwerpunkt noch stärker von den erneuerbaren Energien auf Massnahmen zur rationellen Energieverwendung zu verschieben sowie der Effizienz der Strom- und Gasversorgung grosse Aufmerksamkeit zu schenken.



William C. Ramsay, stellvertretender IEA-Direktor:
«Trotz aller Anstrengungen sind wahrscheinlich zusätzliche und weitreichendere Massnahmen nötig, um die Ziele von *EnergieSchweiz* zu erreichen.»